

Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit

Das immer noch problematische Verhältnis von Kirche und Medien

Als Reaktion auf unsere Glosse „Verwirrend. Was der Papst mit seiner Ansprache an die katholischen Apotheker auslöste“ (vgl. HK, Dezember 1990, 548) schickte uns Peter Musyl, Stellvertretender Chefredakteur der Kathpress in Wien, die folgende Stellungnahme. Er macht sich anhand der päpstlichen Ansprache und mancher bischöflicher Reaktionen auf die Berichterstattung darüber vor allem Gedanken über Zwiespältigkeiten im Verhältnis von katholischer Hierarchie und medialer Öffentlichkeit.

Die Rede, die Johannes Paul II. am 3. November vor der Internationalen Vereinigung katholischer Apotheker hielt, hat hohe Wellen geschlagen. Neben anderen Aufregungen, die sie verursachte, kam es im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Aussagen des Papstes zu massiven Vorwürfen einzelner Kirchenvertreter an die Adresse der Medien. Mancher Rüffel mag durchaus am Platz gewesen sein, an der Berechtigung anderer ist zu zweifeln. Vor allem aber trat einmal mehr ein fast schon erschreckendes Unverständnis in manchen kirchlichen Kreisen gegenüber den Gesetzlichkeiten journalistischer Arbeit zutage.

Starke Worte aus eminentem Mund

Was war passiert? Damit man sich ein authentisches Bild von der Ursache der ganzen Aufregung machen kann, sollen hier die Papst-Aussagen, um die es geht, im Wortlaut dokumentiert werden. Johannes Paul II. erklärte vor den katholischen Apothekern u. a.: „Wie ich bereits des öfteren Gelegenheit hatte zu unterstreichen, können die Apotheker um Mittel zu nichttherapeutischen Zwecken gebeten werden, die geeignet sind, den Gesetzen der Natur zuwiderzuhandeln, zum Schaden der Würde der Person. Es ist klar, daß der Verkauf der Medikamente – sowohl ihre Abgabe als auch ihre Benutzung – von einem rigorosen Moralkodex, der aufmerksam zu berücksichtigen ist, gelenkt werden muß. Der Respekt vor diesem Verhaltenskodex setzt Treue zu den unantastbaren Prinzipien voraus, die die Mission der Getauften und die Aufgabe des christlichen Zeugnisses besonders aktuell machen ... Die Formen der Aggression gegen das menschliche Leben und gegen die Würde werden immer zahlreicher, vor allem wenn es sich dabei um Zufluchtnahme zu Medikamenten handelt, die niemals direkt oder verborgen gegen das Leben benutzt werden dürfen. Deshalb hat der katholische Apotheker die Aufgabe, im Einklang mit den unveränderlichen Prinzipien der natürlichen Ethik, die im Gewissen der Menschen verankert sind, der aufmerksame Ratgeber derer zu sein, die Heilmittel kaufen wollen ... Der legitime und notwendige Gewinn muß immer dem Respekt vor dem moralischen Gesetz und dem Festhalten am Lehramt der Kirche untergeordnet sein. Für den katholischen Apotheker ist die Lehre der Kirche über die Respektierung des Lebens und die Würde der menschli-

chen Person von seiner Empfängnis an bis zu seinen letzten Momenten ethischer und moralischer Natur ... Die Kirche ... gibt den im Gesundheitswesen tätigen Personen, zu denen die Apotheker gehören, klare Indikationen.“

Soweit die Aussagen des Papstes. Doch was war gemeint? Welche Medikamente sollen katholische Apotheker unter Beachtung eines „rigorosen Moralkodex“ und unter „Festhalten am Lehramt der Kirche“ nicht verkaufen? Drogen? Sie waren wohl sicher gemeint? Die „Abtreibungsspielle“ RU 486? Wäre gleichfalls naheliegend. Auch empfängnisverhütende Mittel?

In den Berichten der Medien wurden die Aussagen des Papstes vielfach so interpretiert, daß das päpstliche Nein auch dem Verkauf von Verhütungsmitteln – von Kondomen bis zur „Pille“ – galt. Eine Reihe prominenter Kirchenvertreter in der Bundesrepublik Deutschland wollten von einer solchen Interpretation nichts wissen und sprachen von einer gezielten „Kampagne“ gegen den Papst. Dieser Vorwurf mag in bestimmten Fällen durchaus zu Recht erfolgen. Doch wie „willkürlich“ ist die inkriminierte journalistische Interpretation tatsächlich?

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, wies darauf hin, daß Johannes Paul II. „über die Pille überhaupt nichts gesagt“ und auch Kondome nicht erwähnt habe. Das alles sei in den Text „hineingelesen“ worden. Die Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Rita Waschbüsch*, warf verschiedenen Medien einen unzulässigen Umgang mit Aussagen des Papstes und eine regelrechte „Fixierung“ auf das Thema der Familienplanung in päpstlichen Äußerungen vor. Der Essener Kardinal *Franz Hengsbach* ortete sogar eine „Medienkampagne“ gegen den Papst. In Funk, Fernsehen und Zeitungen seien Meldungen verbreitet worden, der Papst habe die Apotheker aufgefordert, keine „Verhütungsmittel“ zu verkaufen. Wer jedoch den Wortlaut der Rede lese, müsse feststellen, daß diese Darstellung „jeder Grundlage entbehrt“. Offensichtlich bestehe in bestimmten journalistischen Kreisen ein Interesse daran, „den Papst in der Öffentlichkeit zu diskreditieren“, wobei den Betreffenden „auch das Mittel der Falschmeldung recht“ sei. Der ganze Vorgang zeige im übrigen, daß bei vielen Medien „das journalistische Berufsethos offensichtlich in Gefahr ist“ und das Gebot einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung nicht mehr zu gelten scheine. Als besonders bedauerlich wertete der Kardinal, „daß sich auch Politiker und Apotheker in die Kampagne einbeziehen lassen“. Starke Worte aus eminentem Mund.

Journalistenschelte war voreilig

Doch haben die betreffenden Journalisten dem Papst wirklich mutwillig „unterstellt“, auch Verhütungsmittel gemeint zu haben? Wenig hilfreich bei der Beantwortung

dieser Frage erwies sich Vatikan-Sprecher *Navarro Valls*. Johannes Paul II. – so ließ er wissen – habe „keine spezifischen Medikamente“ erwähnt und sei „auf der Ebene der allgemeinen christlichen und beruflichen Ethik“ geblieben. Gewiß, „spezifische Medikamente“ waren in den „allgemeinen“ Aussagen des Papstes nicht namentlich genannt worden, aber schließlich zweifelte niemand daran, daß etwa die Enzyklika „*Humanae vitae*“ im Sinne eines päpstlichen Neins zu Verhütungsmitteln gemeint ist, auch wenn darin keine „spezifischen Medikamente“ aufgeführt sind. Ein päpstlicher Index verbotener Medikamente (anstelle des abgeschafften Index der verbotenen Bücher) wäre wohl auch ein in jeder Hinsicht fragwürdiges Unterfangen.

Nein, der Papst tut recht daran, in seinen Aussagen „allgemein“ zu bleiben. Aber die „Indikationen“ des kirchlichen Lehramtes, von denen er sprach, müssen allerdings – um ihren Zweck zu erfüllen – so „klar“ sein, daß kein Zweifel darüber besteht, was gemeint ist.

Ob es Johannes Paul II. tatsächlich in seiner Rede vor den Apothekern auch um „Verhütungsmittel“ ging, kann niemand authentischer beantworten als er selbst. Solange nicht ein päpstliches Dementi erfolgt, sind Interpretationen, die in diese Richtung gehen, nicht von vornherein als unzutreffend, willkürlich oder gar böswillig zu werten. Im Gegenteil. Wenn man die Warnungen in der „Apotheker-Rede“ vor Mitteln, „die geeignet sind, den Gesetzen der Natur zuwiderzuhandeln“, die die „Würde der menschlichen Person von der Empfängnis an“ verletzen und „direkt oder verborgen gegen das Leben benutzt werden“, mit früheren päpstlichen Äußerungen zum Thema Empfängnisregelung vergleicht, dann zeigt sich eine deutliche Übereinstimmung. Wenn man dazu noch bedenkt, in welchem Punkt gerade Johannes Paul II. Gehorsam gegenüber dem kirchlichen Lehramt am nachhaltigsten einfordert, und sich überdies vergegenwärtigt, daß päpstliche Mahnungen zum „Festhalten am Lehramt der Kirche“ ansonsten kaum an andere Berufsgruppen gerichtet werden (Theologen und Ärzte ausgenommen), hat die Vermutung, Johannes Paul II. habe auch Verhütungsmittel gemeint, durchaus reale Grundlagen.

Auch Radio Vatikan geht im übrigen von einer solchen Interpretation der Papstrede aus. Der Papst – kommentiert der Leiter der deutschsprachigen Abteilung, *P. Eberhard von Gemmingen* –, habe oft gesagt, daß die Kirche eine künstliche Geburtenregelung ablehne, und jetzt habe er die Apotheker „vermutlich auch daran erinnern wollen“.

Die Schelte für Journalisten erscheint angesichts dieser Feststellung doch zumindest voreilig. Um aber allen Spekulationen ein Ende zu setzen, bedürfte es nur einer entsprechenden Klarstellung des Papstes oder des Vatikans: Verhütungsmittel waren gemeint oder waren nicht gemeint. Ein Anrecht auf diese Klarstellung haben nicht nur Journalisten, die Kirche (allen voran Bischöfe, Theologen und Beichtväter) und darüber hinaus die Öffentlichkeit, sondern in erster Linie die Adressaten der päpstlichen

Mahnung, nämlich die katholischen Apotheker. Gerade wenn ein gläubiger Apotheker sich „dem Lehramt der Kirche unterordnen“ soll und will, muß er wissen, was dieses Lehramt konkret von ihm verlangt. Solange diese Klarstellung nicht erfolgt ist, muß es Apothekern, Journalisten und jedermann sonst überlassen bleiben, die päpstlichen Aussagen nach eigener Vermutung zu interpretieren. Und zwar ohne deswegen zum Werkzeug einer „Kampagne“ gestempelt zu werden.

Natürlich gibt es auch Gründe, die gegen die „Verhütungsmittel“-Vermutung sprechen. Die Enzyklika „*Humanae vitae*“ läßt bekanntlich die Anwendung künstlicher Methoden der Empfängnisregelung zu, wenn sie aus therapeutischen Gründen erfolgt (etwa zur Zyklus-Stabilisierung). Auch bei absoluter Treue zum kirchlichen (päpstlichen) Lehramt kann es also für einen katholischen Apotheker moralisch legitim, ja geradezu geboten sein, Kundinnen die „Pille“ zu verkaufen. Die Vorstellung wäre allerdings absurd, daß der katholische Apotheker eine Frau, die mit ärztlicher Verschreibung der „Pille“ zu ihm kommt, vor versammelter Kundschaft ausfragt, aus welchen Gründen und zu welchem Zweck sie die „Pille“ möchte, und sich dann der Aufgabe widmet, unter Beachtung eines „rigorosen Moralkodex“ der „aufmerksame Ratgeber derer zu sein, die Heilmittel kaufen wollen“. Selbstverständlich sind, wie auch der Präsident der katholischen Apothekergilde Deutschlands hervorhob, Apotheker verpflichtet, vom Arzt verordnete Medikamente bei Vorlage eines Rezepts dem Patienten abzugeben.

Dennoch: Obwohl ein solches Verhalten katholischer Apotheker kaum vorstellbar wäre – auszuschließen ist sicher nicht, daß Johannes Paul II. die Orientierung am kirchlichen Lehramt für bindender ansieht als – selbst gesetzlich festgehaltene – Berufspflichten.

Von weltfremden Erwartungen sollte man sich lösen

Wenn man Forderungen, wie sie der Papst an die Apotheker richtete, als „weltfremd“ ansehen will, dann ist sicher noch weit „weltfremder“, was die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Rita Waschbüsch*, von den Journalisten erwartet. In ihrer Kritik an der Berichterstattung über die Apothekerrede des Papstes meinte sie, die Medien sollten „mehr dokumentieren und nicht in Halb- oder manchmal Viertelsätzen nur Herausgegriffenes in eine Richtung interpretieren“. Nachrichtliche Meldungen müßten „wirklich überprüft“ werden, wünschte sie. Man könne eine Meldung nicht verbreiten, ohne einen Text vorher im Gesamtzusammenhang gehört zu haben.

Das wäre wohl das Ende jeder aktuellen Berichterstattung. Zeitungen, Radio und Fernsehen sind auf Agentur-Meldungen angewiesen, die Inhalte knapp zusammenfassen müssen und nicht vielseitige Reden „dokumentieren“ können. Diese Zusammenfassungen werden nicht immer optimal sein, sie mögen auch mitunter in ihrer Akzentset-

zung nicht richtig liegen. Aber sie sind dennoch unerlässlich für die Berichterstattung der Medien. Meldungen „wirklich zu überprüfen“, würde bedeuten, sie erst nach Tagen oder Wochen zu veröffentlichen. Eine völlig wirklichkeitsfremde Vorstellung! Würde in den Medien dieser Maßstab angelegt, dann könnten Zeitungen ihre Leser mit halbleeren Seiten und die elektronischen Medien ihre Hörer und Seher mit zeitweiliger Funkstille bedienen.

Aber vielleicht meinen manche Kirchenvertreter tatsächlich, mediales Ausschweigen über kirchliche Angelegenheiten wäre wünschenswerter als eine mitunter kritische, immer jedoch „verkürzte“ Berichterstattung.

Zu Recht fordert Kardinal Hengsbach von den Medien „journalistisches Ethos“ und „wahrheitsgemäße Bericht-

erstattung“. Es stimmt schon: Nicht jede journalistische Arbeit besteht ihre Nagelprobe der Wahrhaftigkeit und der Aufrichtigkeit. Es sind Eigenschaften, die nicht überall – angeblich auch nicht immer im kirchlichen Bereich – gefragt sind und mitunter sogar den „Job“ kosten können. Doch der Kardinal wird sich die Gegenfrage gefallen lassen müssen, ob auch Bischöfe und andere Kirchenvertreter in ihren Äußerungen immer der Wahrheit, der vollen Wahrheit und nichts anderem als der Wahrheit Genüge tun. Lügen sollen gar nicht unterstellt werden. Aber wird nicht etwa von Bischöfen – selbstverständlich immer aus „pastoralen Rücksichten“ – so manches beschönigt, verschwiegen oder gar geleugnet, wo öffentlicher Widerspruch am Platz wäre? Wird etwas, das schlechthin eine Katastrophe ist, auch Katastrophe genannt? *Peter Musyl*

Kurzinformationen

Papst Johannes Paul II. äußerte den Wunsch, Israel zu besuchen.

Vor Teilnehmern einer hochrangig besetzten zweitägigen katholisch-jüdischen Konferenz in Rom brachte Johannes Paul II. den Wunsch zum Ausdruck, Israel und die heiligen Stätten zu besuchen. Nachdem im September zum erstenmal nach einem mehrjährigen Zeitraum Vertreter der katholischen Kirche und des Judentums zu Gesprächen in Prag zusammengekommen waren (vgl. HK, Oktober 1990, 492 ff.), war dies das zweite Treffen, an dem abzulesen ist, daß sich die jüdisch-katholischen Beziehungen nach einigen Jahren der Verstimmung wieder zu verbessern begonnen haben. Anlaß des jüngsten Treffens war der 25. Jahrestag der Verabschiedung der Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen „*Nostra aetate*“ am 28. Oktober 1965. Teilnehmer auf katholischer Seite waren u. a. der Präsident des vatikanischen Rates für die Einheit der Christen, Erzbischof *Edward Cassidy*, und dessen Vorgänger Kardinal *Jan Wilibrands*, der französische Kurienkardinal *Roger Etcheberry*, Kardinal *Franz König*, Wien, der Bischof von Mainz, *Karl Lehmann* und der Luzerner Judaist *Clemens Thoma*. Die jüdische Seite war vertreten durch das Internationale Jüdische Komitee für interreligiöse Beziehungen unter seinem Vorsitzenden *Seymour Reich*. Zu Verstimmungen war es in den vergangenen Jahren zwischen jüdischen Organisationen und katholischer Kirche u. a. wegen Papstaudienzen für den österreichischen Bundespräsidenten *Kurt Waldheim* und den PLO-Vorsitzenden *Jassir Arafat* gekommen sowie wegen des Streits um die Ansiedlung eines Karmelittinnen-Klosters in Auschwitz. Umstritten bleibt die von jüdischer Seite kritisierte Tatsache, daß der Heilige Stuhl den Staat Israel bis heute nicht anerkannt hat, eine Haltung, die wegen der ungeklärten Verhältnisse und Grenzen im Nahen Osten auch bei diesem Treffen von vatikanischer Seite wiederum bekräftigt wurde.

Eine Studie der EKD empfiehlt ganzheitliches Konzept zum Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz

In einer kürzlich veröffentlichten Studie („Arbeit, Leben und Gesundheit. Perspektiven, Forderungen und Empfehlungen zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz“) analysiert die Kammer der EKD für soziale Ordnung die Gesundheitsgefährdungen in der heutigen Arbeitswelt und spricht sich für ein ganzheitliches Konzept zu ihrer Bewältigung aus. Die Studie weist auf Gesundheitsgefährdungen durch den Einsatz neuer Techniken und durch neue Arbeitsstoffe sowie durch psychische Belastungen am Arbeitsplatz hin. Zwar gelte die Bundesrepublik im Blick auf den Gesundheitsschutz im Arbeitsleben als führend und in vieler Hinsicht auch vorbildlich für die sich entwickelnden Industrienationen; gleichzeitig gebe es aber Anlaß zu ernster Sorge im Blick auf neuartige Belastungsfaktoren und Mängel im Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Der Text plädiert für ein „multikausales und interaktives Verursachungsmodell“ bei arbeitsbedingten Erkrankungen und weist darauf hin, daß ein solcher ganzheitlicher Ansatz mittlerweile auch in die arbeitsmedizinische und arbeitspsychologische Praxis Eingang gefunden habe. Als Maximen für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz nennt die Studie u. a. den Vorrang der Prävention vor Rehabilitation und Kompensationsleistungen. Verhältnisprävention im Sinn von arbeitshygienischen Maßnahmen sei nur wirksam, wenn der einzelne Erwerbstätige sein Verhalten entsprechend ausrichte. Die Träger des betrieblichen Gesundheitsschutzes sollten konstruktiv zusammenarbeiten und sich gegenseitig akzeptieren. Rechtsklarheit und Rechtssicherheit für alle Beteiligten müßten gesichert sein. Das Ziel der Humanisierung umfasse heute auch die gesamte Arbeitsumwelt, die nicht ungeschützt den Risiken der industriellen Produktion ausgesetzt werden dürften (bei Gefahrentransporten und Schadstoffemissionen). Die Risiken müßten im Interesse der Umwelt ständig weiter minimiert werden. Das Ziel